



Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLETT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 €
AUSGABE 08.2021 26. AUGUST 2021



Stefan Kunath
Ihr Bundestagskandidat

Stefan Kunath (Bundestags-Direktkandidat im Wahlkreis 63) | www.stefan-kunath.eu

#OstMut tut gut: Kampagnenauftritt und Plakat-Vorstellung

Die Bundestagswahl findet in einer Zeit großer Umbrüche statt. Wir sind noch immer inmitten einer Pandemie. Der kommende Bundestag wird aushandeln, wer die Kosten des wirtschaftlichen und des sozialen Wiederaufbaus bezahlt.

Die Afrikanische Schweinepest hat Auswirkungen auf Landwirtschaft und Tourismus. Die Hochwasserkatastrophe in Westdeutschland, die steigenden Sulfatwerte in unserem Trinkwasser und die Helene, die wir wegen der Gefahr durch Abrutschungen nicht mehr betreten können zeigen: der Klimawandel ist längst da und betrifft

auch uns. Mit der Ansiedlung von Tesla und den Umbau der Stahlindustrie steht unsere Region vor großen Veränderungen. All diese Entwicklungen stören unser Bedürfnis nach Sicherheit und Stabilität.

Damit wir unsere Sicherheit und Stabilität wiedererlangen, ist es Zeit, nach 16 Jahren CDU/CSU einiges anders zu machen. Und Veränderung braucht Mut: **#OstMut.**

OstMut heißt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir müssen endlich die Mauer einreißen bei den ungleichen Löhnen zwischen Frau und Mann und zwischen Ost und West!

Noch immer macht es einen riesigen Unterschied bei Löhnen, Renten und Aufstiegschancen, ob ich in Frankfurt am Main oder in Frankfurt (Oder) geboren wurde. Der Gehaltsunterschied zwischen Ost und West beträgt im Durchschnitt 700 Euro im Monat.

► Fortsetzung auf Seite 4

**150.000 Kraniche gefaltet
Frankfurt macht Frieden**

Seite 7

**Katastrophenschutz
Lehren ziehen aus der
Hochwasserkatastrophe**

Seite 7

**Bundestagswahl 2021
Sommerloch und
Bundestagswahlkampf**

Seite 10

**Armut per Gesetz
Informationen zu Hartz IV**

Seiten 15 & 16

Termine

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

27. August 2021, 10:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 am HEP, Neuberresinchen, 15232 Frankfurt (Oder)

Stuck e.V. & DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

30. August 2021, 19:30 Uhr

Filmabend zum 82. Jahrestags des deutschen Überfalls auf Polen

Vorfilm: "Schmidts Göttliche Komödie - Die Doku", Hauptfilm: "Geh und sieh" Original: "Иди и смотри"

[weitere Infos > Kasten auf Seite 9](#)

PUERTO ALEGRE e.V. / Friedensnetz Frankfurt (Oder)

01. September, 17:00 Uhr

Veranstaltungen zum Weltfriedenstag

Kundgebung mit Podiumsgespräch über die Positionen zu Abrüstung und Entspannung

Engeladen sind die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl am 26. September. Im Anschluss wird mit einem Friedensweg zur Friedensglocke mit Gebet, Liedern und Glockengeläut (ca. 18:45 Uhr) der Opfer der Kriege gedacht und an unsere Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit appelliert.

📍 St. Marien, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

03. September 2021, 10:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 am Südring Center, 15236 Frankfurt (Oder)

Bündnis #Unteilbar

04. September 2021, 13:00 Uhr

Großdemonstration: #UNTEILBAR SOLIDARISCH – GERADE JETZT! (siehe Kasten)

📍 Ebertstraße – Leipziger Straße, 10117 Berlin-Mitte

frankfurt.slubice.PRIDE

05. September 2021, 12:00 Uhr

2. SLUBICE-FRANKFURT PRIDE

liebe ohne Grenzen | miłość bez granic

📍 Start: Plac Bohaterów, Słubice

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

09. September 2021, 10:00 bis 13:00 Uhr

Deine Zukunft: Machen wir's gerecht! – Die Gerechtigkeitstour in Frankfurt (Oder)

📍 Brunnenplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

10. September 2021, 10:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 Hansaplatz, 15234 Frankfurt (Oder)

RotFuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

10. September 2021, 15:00 Uhr

Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl

mit dem Bundestagsdirektkandidaten der Partei DIE LINKE, Stefan Kunath, für den Wahlkreis 63

📍 Begegnungsstätte „Oderblick“ der Volkssolidarität Frankfurt (Oder) e.V., Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

11. September 2021, 10:00 Uhr

Politischer Frühshoppen

Mit Stefan Kunath, dem Direktkandidaten der LINKEN zur Bundestagswahl. Themen: Bundespolitik, Diskussion mit Oberbürgermeister René Wilke und Bewerbung Frankfurts um das „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“

📍 Kulturmanufaktur Gerstenberg, Ziegelstraße 28a, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

15. September 2021, 18:00 Uhr

Kreisvorstandssitzung

📍 Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

(Hybridveranstaltung. Für eine Teilnahme vor Ort bitte bei frank.kreiter@dielinke-ffo.de anmelden. In Umsetzung der aktuellen Brandenburgischen Umgangsverordnung ist im Beratungsraum nur Platz für sechs Personen.)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

16. September 2021, 09:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 Marktplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

17. September 2021, 09:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 Nähe Nahkauf, Franz-Mehring-Straße, 15230 Frankfurt (Oder)

AG DIE LINKE. stärken

17. September 2021, 15:00 Uhr

Infostand: Hartz-IV-Sanktionen abschaffen

📍 Platz der Begegnung (Haltestelle Wintergarten), Neuberresinchen, 15232 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

24. September 2021, 16:00 Uhr

Infostand zur Bundestagswahl

📍 Platz der Begegnung (Haltestelle Wintergarten), Neuberresinchen, 15232 Frankfurt (Oder)

26. September 2021, 08:00 bis 18:00 Uhr

Bundestagswahl

Deine Stimmen der LINKEN! (im Land Brandenburg an vierter Stelle auf dem Stimmzettel)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

26. September 2021, 18:00 Uhr

Wahlparty

📍 Kulturmanufaktur Gerstenberg, Ziegelstraße 28a, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

27. September 2021

Kreisvorstandssitzung

Weitere Informationen folgen.

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

29. September 2021

Gemeinsame Beratung des Kreisvorstandes mit den Vorsitzenden/ Sprecher*innen der Basisorganisationen und Arbeitsgruppen

Weitere Informationen folgen.

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Vereinte Nationen (UN)

01. September

Weltfriedenstag

European Association for the Preservation and Promotion of Jewish Culture and Heritage (AEPJ)
01. September

Europäischer Tag der jüdischen Kultur

Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)
12. September

Tag der Erinnerung und Mahnung

Deutsche Stiftung Denkmalschutz (DSD)
12. September

Tag des offenen Denkmals

Bundesverband Deutsche Tafel e.V.
02. Oktober

Deutscher Tafeltag

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)
03. Oktober

Tag der offenen Moschee

World Coalition Against the Death Penalty (WCADP) & Amnesty International (AI)
10. Oktober

Welttag gegen die Todesstrafe

Historische Ereignisse

03. September 1941

Im KZ Auschwitz wird mit der massenhaften Vernichtung von Menschen durch Gas (Zyklon B) begonnen.

05. September 1972

Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München.

05. September 1995

Trotz internationaler Proteste unternimmt Frankreich auf dem Mururoa-Atoll den ersten von mehreren geplanten Atomwaffentests.

11. September 1973

Militärputsch in Chile

11. September 2001

Terroranschläge in den USA

19. September 1941

Im „Deutschen Reich“ tritt die Verordnung über die Einführung des „Judensterns“ in Kraft. Einen Monat später beginnt die systematische Deportation in die Vernichtungslager.

07. Oktober 1949

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

13. Oktober 1944

Befreiung des KZ Riga-Kaiserwald

Jahrestage

11. September 1973 | Santiago de Chile

† **Dr. Salvador Allende**

12. September 1977 | Pretoria, Südafrika

† **Stephen (Steve) Bantu Biko**

Steve Biko war ein bekannter Bürgerrechtler in Südafrika. Er gilt als ein Begründer der Black-Consciousness-Bewegung.

Am 18. August 1977 wurde er außerhalb von King William's Town, von der Sicherheitspolizei aufgegriffen und wegen Verletzung seiner Auflagen verhaftet. Sie internierte ihn in einem Gefängnis in der nahegelegenen Stadt Port Elizabeth. Während der anschließenden Verhöre im „Police-Room 6-1-9“ wurden ihm durch Folter schwere Kopfverletzungen zugefügt. Am 11. September wurde Biko nackt und bewusstlos in einem Polizeiwagen mehr als 1000 Kilometer nach Pretoria transportiert. Dort starb er in der folgenden Nacht an seinen Verletzungen im Gefängniskrankenhaus.

16. September 1908 | Nowawes (heute Potsdam Babelsberg)

* **Paul Kühne**

Paul Kühne war ein deutscher Antifaschist und Widerstandskämpfer. Er war Mitglied des Roten Frontkämpferbundes (RFB) und der KPD und schloss sich den Internationalen Brigaden im Spanischen Freiheitskampf an. Nach seiner Festnahme 1941, wird er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung wird er in das sogenannte „Bewährungsbataillon 999“ (Strafdivision 999) an die „Ostfront“ einberufen und versucht dort, zur Roten Armee überzulaufen.

Kühne erlebt die Befreiung vom Nationalsozialismus nicht mehr, er stirbt in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges.

”

**Die Geschichte gehört uns,
es sind die Völker
die sie machen.**

Dr. Salvador Allende

26. Juni 1908 – 11. September 1973

“

**Zum Geburtstag wünschen
wir allen Genoss:innen und
Leser:innen alles Gute
und ein wunderbares neues
Lebensjahr.**

Betrieb der Geschäftsstelle weiterhin eingeschränkt

Aufgrund der derzeitigen Pandemielage befindet sich die Kreisgeschäftsstelle weiterhin im eingeschränkten Geschäftsstellenbetrieb.

Daraus ergeben sich folgende Öffnungszeiten:

Dienstags 14:00 – 16:00 Uhr
Donnerstags 09:00 – 10:00 Uhr
Freitags 10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Frank Kreitner
Kreisgeschäftsführer

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren.
www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.



Hinweis:

**Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist
von Montag bis Freitag, 7:30 bis
12:30 Uhr die Erstellung von Kopien
möglich.**



#UNTEILBAR
**FÜR EINE SOLIDARISCHE
UND GERECHTE GESELLSCHAFT**
4. SEPTEMBER 2021 | BERLIN
GROßDEMONSTRATION | UNTEILBAR.ORG

**Großdemonstration
4.9.21 in Berlin**

**#unteilbar –
Für eine solidarische und
gerechte Gesellschaft**

Berlin-Mitte 10117 | Ebertstraße –
Leipziger Straße | 13:00

Wir alle sind jetzt gefordert, klar und #unteilbar zu zeigen, dass wir eine andere Gesellschaft wollen. Die Krisen unserer Zeit verlangen dringend unser gemeinsames Einstehen für Solidarität: Für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und konsequentes Handeln gegen die Klimakrise.

Wir verbünden uns – so wie wir uns im „Aufbruch der Vielen“ 2015 und mit 242.000 Menschen bei unserer #unteilbar-Demo 2018 in der Zurückweisung des Rechtsrucks und für eine offene Gesellschaft verbündet haben.

Zeigen wir unsere #unteilbare Solidarität, gehen wir am 4.9. wieder zusammen auf die Straße!

Der Abschluss wird in der Nähe des Alexanderplatzes stattfinden. Dort gibt es ein buntes #unteilbar-Bündnisprogramm.

(Quelle: <https://www.unteilbar.org/berlin-demo-2021/>)

#OstMut tut gut:

Kampagnenauftritt und Plakat-Vorstellung

► Fortsetzung von Seite 1

Jede fünfte Person in Vollzeitbeschäftigung in Frankfurt (Oder) arbeitet im Niedriglohnbereich. Jede vierte Person in Frankfurt armutsgefährdet. Damit können wir uns nicht abfinden, damit will ich mich nicht abfinden: Ich will Sicherheit und Planbarkeit im Leben und zwar für alle Menschen. Deshalb will ich mich im Bundestag für einen armutsfesten Mindestlohn einsetzen: Und vor Armut schützt erst ein Lohn ab 13 Euro pro Stunde!



#OstMut heißt: Rentenangleichung jetzt, sofort!

Nach 16 Jahren CDU-Kanzlerinnenschaft gibt es immer noch keine Rentenangleichung Ost. Ich frage die Jüngeren: Kennt ihr das noch, euer erstes Taschengeld, als Oma und Opa euch bei einem Besuch einen 10er oder 20er zugesteckt haben? Dank 16 Jahre CDU/CSU-Regierung wird das in Zukunft immer seltener der Fall sein. In Deutschland liegt nach 16 Jahren CDU/CSU-Regierung das Rentenniveau unter 50 Prozent – Tendenz weiter fallend.

Die Altersarmut nimmt in unserer Stadt immer stärker zu. Immer mehr ältere Menschen sind auf die Tafel am Topfmarkt angewiesen. Es geht anders: In Frankreich liegt das Rentenniveau bei 75 %, in Italien bei 80 %, in Österreich bis zu 90 %. Im Bundestag will mich im Bundestag für ein solidarisches Rentensystem einsetzen: Wer viel verdient – Spitzenbeamte, Abgeordnete, Rechtsanwälte – gibt mehr in die Rentenkasse, wer weniger verdient, bekommt mehr aus der Rentenkasse. Unabhängige Wirtschaftswissenschaftler haben unser Rentenkonzept durchgerech-

net. Eine Mindestrente von 1.200 Euro ab Rentenalter 65 ist machbar.



#OstMut heißt, sich mit den Großen und Mächtigen anzulegen

Auf der einen Seite hat die Bundesregierung den großen Konzernen wie Lufthansa oder Daimler die Corona-Hilfe hinterhergeworfen. Diese Unternehmen schütten schon wieder kräftige Dividende aus an die Großaktionäre aus. Auf der anderen Seite stehen die hunderttausenden Gastwirte, die Soloselbstständigen, Kulturschaffenden, die Einzelhändler. So auch in Frankfurt zum Beispiel in der Magistrale.

Viele von ihnen hat die Bundesregierung am langen Arm verhungern lassen. Deshalb wollen wir die Krisengewinner zur Kasse bitten, damit die, die unter die Räder gekommen sind, eine Chance zum Weiterleben und eine Chance für einen Neustart haben. Zu den Krisengewinnern gehört auch Tesla. Ich will sicherstellen, dass das, was in Ostbrandenburg produziert wird, auch hier versteuert wird.

Im Bundestag will ich mich dafür einsetzen, Steueroasen auszutrocknen und Großunternehmen wie Tesla gerecht zu besteuern. Wir brauchen das Geld für bezahlbaren Wohnraum, für die Entwicklung von Gewerbeflächen und für den Ausbau des ÖPNV.



#OstMut heißt, die Verkehrswende endlich groß zu denken und groß zu machen

Wer sagt, Bus und Bahn überall und kostenlos innerhalb von fünf Jahren sei zu viel, dem will ich sagen, von was ich zu viel habe: 10 Millionen Spendengelder der Autolobby an die CDU, das ist zu viel. 60 Prozent mehr CO2-Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 – das ist zu viel! Rund 6000 Kilometer stillgelegte Bahnstrecken seit der Wende, davon 40 Prozent allein im Osten – das ist zu viel! Deshalb müssen wir Schienen legen. Wir müssen Züge bauen, wir Busse bauen.

Im Bundestag will ich mich für eine Verbesserung des Bundesverkehrswegeplan für Ostbrandenburg einsetzen: Den zweigleisigen Ausbau der Ostbahn und die Elektrifizierung nach Küstrin. Die Reaktivierung der Strecke Bad Saarow – Beeskow – Cottbus. Der Ausbau der Strecke Berlin – Cottbus – Prag, denn wir brauchen mehr Entlastungsstrecken für den RE1.



#OstMut heißt, dass Krankenhauskonzerne ihre Beschäftigten nicht ausbeuten und die Arbeitsbedingungen endlich verbessern.

Über 7.500 Menschen haben meine Petition für eine Corona-Sonderzahlung am Frankfurter Klinikum unterschrieben. 1.200 Euro haben wir für die Beschäftigten erreicht. Nach der Übernahme durch Asklepios drohen Ausgliederungen und Tarifflucht. Asklepios versucht noch mehr aus dem Klinikum herauszupressen. Mit Krankheiten darf man kein Geld verdienen. Unser Gesundheitssystem soll den Menschen dienen.

Deshalb will ich Gewinnentnahmen aus Krankenhäusern verbieten. Gewinne gehören reinvestiert in bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal und modernste Technik. Ich will im Bundestag dafür sorgen, dass der Bund einen Fonds zu Rekommunalisierung von Kliniken einführt. Ich möchte, dass wir unser Klinikum in Frankfurt (Oder) wieder zurückführen können ins städtische Eigentum!



#OstMut heißt, sich für ein sicheres zuhause einzusetzen

In Berlin könnten Mieterinnen und Mieter von Vonovia und Deutsche Wohnen im Schnitt 2000 Euro im Jahr weniger Miete zahlen, weil diese 2000 Euro ausschließlich als Dividenden an die Großaktionäre ausgeschüttet werden.

Teure Mieten in Berlin sind übrigens nicht gut für mehr Zuzug nach Frankfurt (Oder). Das ist ein Trugschluss. Wenn die Mieten in Berlin teuer sind, dann werden sie es auf kurz oder lang auch in Frankfurt. Schon jetzt steigen die Preise bei Neuvermietungen aufgrund der Eröffnung des BER und der Tesla-Ansiedlung.

Im Bundestag will ich mich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen: Kommunen wie Frankfurt (Oder) sollen das Recht erhalten, selbst über einen kommunale Mietendeckel zu entscheiden. Der Bund soll einen Bodenfonds einrichten, damit Städte wie Frankfurt (Oder) möglichst viel Grund und Boden, möglichst viel Bauland und Bauerwartungsland unter kommunaler Kontrolle haben. Damit können wir die Spekulation mit Bauland verhindern und die Baulandpreise dämpfen.



Stefan Kunath, Bundestags-Direktkandidat im Wahlkreis 63

#OstMut heißt, eine friedliche Außenpolitik zu betreiben, die auf Ausgleich und Versöhnung setzt

Deutschland hat während des 20 Jahre währenden Afghanistan-Einsatzes Kriegswaffen im Wert von 400 Millionen Euro in das Land genehmigt. Noch während dieser Legislaturperiode erhielt Afghanistan Rüstungsgüter im Wert von 30 Millionen Euro. Noch im Jahr 2021 wurden die letzten Ausfuhrgenehmigungen erteilt. Das heißt: Deutsche Waffen befinden sich jetzt in den Händen der Taliban. Ich will im Bundestag dafür sorgen, dass Deutschland nicht an Kriegen teilnimmt und sich an Waffenexporten eine goldene Nase verdient. Viele Frankfurterinnen und Frankfurter sind ebenfalls für Abrüstung. Zum Hiroshima-Tag beteiligten sich viele Menschen bei der wohl längsten Kranichkette der Welt.



#OstMut heißt, sich Nazis entgegenzustellen und die Baseballschlägerjahre der 90er aufzuarbeiten.

Wenn wir an Frankfurt denken, will ich nicht, dass uns zuerst Neonazikameradschaften oder die NPD in den Sinn kommen. Ich will, dass wir zuerst an die Oderbrücke denken, die zwischen Frankfurt und Stübice nicht nur zwei Städte verbindet, sondern zwei Länder. Unsere Doppelstadt steht für grenzüberschreitende Kooperation, für Austausch, für Humanismus, für Versöhnung. So viele Menschen quer durch die gesamte Stadtgesellschaft, so viele Vereine und Initiati-

ven, Kirchengemeinden und Gewerkschaften engagieren sich in unserer Stadt und zeigen auf vielfältige Weise: Frankfurt ist kein Ort für Nazis!



#OstMut heißt, den Umbruchserfahrungen in unserer Heimat Gehör zu verschaffen.

OstMut heißt, nicht immer nur Nachbau West zu betreiben, sondern eigene Standards zu setzen bei der Bewältigung der künftigen Strukturbrüche. Wir stehen als Gesellschaft mit dem Klimawandel vor einer Mammutaufgabe – und die kann niemand allein lösen. Kein Bundeskanzler oder keine Bundeskanzlerin. Kein Oberbürgermeister. Kein Kandidat für den Bundestag und keine Partei. Das können wir nur als Gesellschaft zusammen schaffen.

Deshalb möchte ich dazu einladen, ein Teil von etwas Großem zu sein, um als Gemeinschaft zusammen die vor uns stehenden Herausforderungen anzugehen. OstMut heißt, einzuladen, mitzumachen, Hoffnung zu geben auf eine bessere Zukunft. Ich will, dass wir, unsere Kinder und Enkelkinder in 20 Jahren stolz auf uns sind, weil wir heute Klimaschutz und soziale Sicherheit endlich zusammendenken!

www.stefan-kunath.eu

DIE LINKE.

Frankfurt macht Frieden

mit der wohl längsten Kranichkette der Welt!



Was für ein hoffnungsfrohes und ermutigendes Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen. Zusammen mit vielen Friedensfalter:innen hat die ehrenamtliche Kinderbeauftragte der Stadt Frankfurt (Oder) Jacqueline Eckardt am 6. August die Kranichkette an und rund um die Stadtbrücke angebracht. Anlass ist der 76. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Gemeinsam mit vielen Frankfurter:innen und internationalen Gästen gedachte ich der vielen Opfer, die ihr Leben verloren am 6. und 9. August 1945 bei den Abwürfen der Atombomben

auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki und als Folge in den darauffolgenden Jahren.

1945 scheint so fern, doch auch in Deutschland sind noch immer US-Atomwaffen stationiert. Noch immer macht Deutschland bei der nuklearen Teilnahme durch die USA mit. Noch immer üben Jahr für Jahr Bundeswehr-Pilot:innen den Abwurf von Atombomben auf Russland. Die Bundesregierung möchte mit Milliardenbeträgen neuste atomwaffenfähige Militärflugzeuge anschaffen.

Aber Atomwaffen machen die Welt nicht sicherer!

Im Gegenteil: Sie stellen eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit dar. Inmitten dieser neuen nuklearen Aufrüstung haben die UN im Jahr 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. Anfang dieses Jahres trat der Vertrag in Kraft. Das ist ein riesiger Erfolg der Friedensbewegung, ein großartiger Erfolg der internationalen Diplomatie, ein gigantischer Sprung nach vorne in den Abrüstungsbemühungen und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in eine atomwaffenfreie Welt!

Jedoch verweigert die Bundesregierung die Unterzeichnung. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und die nukleare Teilhabe beenden. Die Ächtung von Streubomben und Landminen, von Chemie- und Biowaffen zeigen: auch eine Ächtung und Verbannung von Atombomben ist möglich!

Stefan Kunath

Herzlichen Glückwunsch zu 30 Jahre Europa-Universität Viadrina

Ich wünsche der Uni-Präsidentin Prof. Dr. Julia von Blumenthal ein gutes Händchen für die kommenden Jahre.

Nach dem Abitur habe ich wie viele andere Schülerinnen und Schüler meiner Generation Frankfurt verlassen. Als Berlin-Frankfurt-Pendler habe ich durch das Studium meine alte Heimatstadt schrittweise neuentdeckt. Meine begonnene Promotion war dann Anlass zu meiner Rückkehr nach Frankfurt. Die Universität, das studentische Leben, die fächerübergreifende und internationale Lehre und Forschung direkt an der deutsch-polnischen Grenze liegen mir deshalb besonders am Herzen.

30 Jahre bieten Anlass zur Rückschau: Viel zu lange haben Stadt und Universität nebeneinander existiert. Noch immer

ist das Interesse vieler Studierender an Frankfurt gering, während nicht wenige Frankfurterinnen und Frankfurter die hier lebenden Studies mit gewisser Skepsis betrachten. Noch immer ist viel Potential ungenutzt. Während die Kultur- und Geschichtswissenschaften schon immer ein starkes Interesse an unserer Grenzregion hatten, ist das Interesse der Sozialwissenschaften an unserer Region erst in den vergangenen Jahren gewachsen. Studentische Aktivitäten im Stuck, im verbundungshaus fforst, in der Kulturmanufaktur Gerstenberg oder bei ART | an der Grenze | na granicy 2021 bringen Kultur, Unterhaltung, Austausch und Leben in die Stadt.

Ich bin überzeugt: Frankfurt hat noch viel mehr Platz für studentische Projekte. Für

die Zukunft wünsche ich mir, dass Universität, Stadt und Stadtgesellschaft noch viel unkonventioneller, größer und mutiger denken, wenn es um gemeinsame Kooperationen geht. Ich wünsche mir, dass sich Universität und Stadt noch viel stärker füreinander öffnen und interessieren. Ich habe beispielsweise dank der Unterstützung des Gründungszentrums an der Viadrina das Ost Journal ins Leben gerufen. Zusammen mit der Redaktion haben wir eine Ausgabe Frankfurt und Słubice gewidmet. Ich bin überzeugt: Was gut für die Viadrina ist, ist gut für Frankfurt und Słubice. Was gut für Frankfurt und Słubice ist, ist gut für die Viadrina. Auf die kommenden 30 Jahre!

Stefan Kunath

Lehren ziehen aus der Hochwasser-Katastrophe



Foto: Achim Raschka | wikimedia commons | CC BY-SA 4.0

Die Solidarität mit den Opfern der Hochwasser-Katastrophe in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen ist sehr ermutigend. Für die Politik muss die Katastrophe Anlass sein, um über unsere Ausstattung im Katastrophenschutz nachzudenken und endlich eine sozial gerechte Klimapolitik einzuschlagen.

Der Katastrophenschutz muss frühzeitig warnen können. Warnapps sind sinnvoll, helfen aber nicht bei fehlender Netzabdeckung. Insbesondere in unserer Grenzregion ist das ein Problem. Wir brauchen eine vollständige und vor allem widerstandsfähige Netzabdeckung, die auch mehrstündige Stromausfälle übersteht. Hier sind die Netzbetreiber in der Pflicht, die aber von der Politik auch in die Pflicht genommen werden müssen. Sonst passiert nichts. Ebenso wichtig ist, dass wir die Sirenen in den Ortschaften ertüchtigen. Sie müssen digital und analog steuerbar sein. Vielerorts sind sie nicht mehr funktionsfähig, wurden nach 1990 zusammengespart oder abgebaut.

Katastrophenschutz dezentral und in der Fläche

Nötig ist eine bessere Ausstattung in der Fläche. Zu große Entfernungen der Einsatzkräfte kosten in Notsituationen zu viel wertvolle Zeit bei Rettung und Bergung. Wir müssen die ehrenamtlichen Strukturen in den Gemeinden stärken. Sie kennen am besten die Bedingun-

gen vor Ort, bei welchen Menschen zuerst Hilfe nötig sein könnte, welche Zufahrtsstraßen nutzbar sind, welche Abflüsse wo liegen. Auf die Kenntnisse der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer müssen THW und Rotes Kreuz im Katastrophenfall aufbauen können.

Nach einer Katastrophe fließen die Gelder zum Wiederaufbau. Vor der Katastrophe wird bei THW, Rotem Kreuz und den freiwilligen Feuerwehren gespart. In Ostbrandenburg haben THW und Feuerwehren zu viele alte Bestände. Zudem brauchen wir ein dezentrales Netz an Lagern zur Notversorgung, damit Hilfe da ist, wenn Häuser durch Hochwasser unbewohnbar werden sollten.“

Sozial gerechter Klimaschutz dringender denn je

Jedes Zehntel Grad Erderwärmung, das wir aufhalten, ist hilfreich gegen Überschwemmungen und Waldbrände. Als Bundestagskandidat streite ich für Klimaneutralität bis 2035. Das ist ein überaus ehrgeiziges Ziel. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören

untrennbar zusammen. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland stoßen pro Kopf etwa 4,5-mal so viel CO₂ aus wie die unteren 50 Prozent. Deshalb müssen wir die Verursacher in Verantwortung nehmen. Mithilfe einer stärkeren Besteuerung von Superreichen, von Digitalkonzernen und von multinationalen Unternehmen will DIE LINKE einen Fonds über 20 Mrd. Euro pro Jahr zum klimaneutralen Umbau unserer Industrie finanzieren.

Klimaschutz hat dann ein Akzeptanzproblem, wenn das Leben für die breite Mehrheit der Bevölkerung teurer wird. Statt klimaschädliche Subventionen brauchen wir das Geld zum Aufbau einer Wasserstoffindustrie für Ostbrandenburg. Damit verhindern wir auch, dass Eisenhüttenstadt zum Stahlstandort zweiter Klasse wird. Der Osten darf keine zweite Deindustrialisierung erleben. Ich will, dass unsere Kinder und Enkelkinder in 20 Jahren mit Stolz auf uns zurückschauen, wenn wir heute beginnen, endlich Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammendenken.

Stefan Kunath

Wir wollen das Land verändern! Es darf kein "Weiter so" geben!

Wahlkampf kostet viel Geld. DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Großspenden von Konzernen annimmt, denn wir sind nicht käuflich! Um den Wahlkampf unseres Kandidaten **Stefan Kunath** zu unterstützen, spendet bitte unter dem Strichwort "**WK Stefan Kunath**" auf folgendes Konto:

DIE LINKE Frankfurt (Oder)
IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99
bei der Sparkasse Oder-Spree

Herzlichen Dank!

Sozial-Ökologische Verkehrswende jetzt!



Der massive Ausbau der Radwege ist ein wichtiger Baustein gegen den Verkehrskollaps rund um das Tesla-Gelände. Schüler:innen des Carl-Bechstein-Gymnasiums aus Erkner haben daher die Idee einer Fahrradautobahn entwickelt. Zusammen mit unserem Brandenburger Spitzenkandidaten Christian Görke habe ich mir vor Ort am Tesla-Gelände die Idee erklären lassen: vierspurige, kreuzungsfreie Radwege mit Zufahrten und Knotenpunkten, mit Trinkwasserspendern, WLAN-Hotspots, Ladestationen für E-Bikes und

Reparatursets entlang der Strecke. Klingt das zu groß? Jetzt mit der Ansiedlung von Tesla ist der beste Zeitpunkt, dass neue Ideen für eine sozial-ökologische Verkehrswende auf den Tisch kommen!

Jeder spricht übers Fahrrad. Jeder hat eins oder will eins haben. Aber bei der Fahrradinfrastruktur passiert viel zu wenig. Nur wenn junge Leute sagen, wir wollen was anders machen, ändert sich auch was. In der Pandemie sind immer mehr Menschen aufs Fahrrad gestiegen. Selbst

Autofahrer:innen haben ein Interesse an guten Fahrradwegen. Schließlich verringern klare Verhältnisse auf der Straße die Unfallgefahr. Als Bundestagsabgeordneter möchte ich der Idee der Radschnellradstraßen Wind unter den Flügeln verleihen.

Problem: Oftmals sind Kommunen mit der gemeindeübergreifenden Planung von Radwegen überlastet. Ich befürchte, dass die Kommunen die vom Bund bereitgestellten 1,5 Milliarden Euro für Radwege nicht vollständig abschöpfen. Die Lösung: Eine bundesdeutsche Fahrradgesellschaft! Sie kann Kommunen und Länder bei der Planung entlasten. Die Kommunen konzentrieren sich „nur“ noch auf die Ausschreibung der Radwege, der Bund baut dann länder- und gemeindeübergreifend. So könnten wir neue Querverbindungen zwischen Rad-, Bus- und Bahnstrecken in ganz Ostbrandenburg schaffen und das Radfahren insgesamt sicherer und attraktiver machen.

Stefan Kunath

Für eine inklusive Gesellschaft für alle Menschen

Rund 16 Prozent der Bevölkerung leben mit einer anerkannten Behinderung und chronischen Erkrankungen und brauchen dringend spürbare Verbesserungen zur Erleichterung und Ermöglichung von Teilhabe. So besuchte ich am 13. August ich eine Podiumsdiskussion beim Blinden- und Sehbehindertenverband Brandenburg in Cottbus.

Ich will keine „BarrierefreiheitSonderlösungen für Behinderte“. Ich will eine inklusive Gesellschaft für alle Menschen. Von leichter und verständlicher Sprache haben wir alle etwas gehört (Stichwort Behördendeutsch auf Formularen). Von Barrierefreiheit profitieren zum Beispiel auch junge Familien (Stichwort Kinderwagen).

Ich will eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen - auch Spitzenbeamte, Anwälte und Politiker. Auch Gewinne aus Aktiengeschäften und Dividenden müssen in die Gesundheitsversicherung einfließen. Es ist genug Geld da, damit jeder Mensch die Gesundheitsversorgung bekommt, die er braucht.

Aber noch immer stehen Teilhabeleistungen, persönliche Assistenz oder Sehhilfen unter Finanzierungsvorbehalt. Immer wieder müssen sich anerkannte Behinderte vor den Krankenkassen nackig machen. Deshalb müssen wir Schluss machen mit der Zwei-Klassen-Medizin aus gesetzlich und privat Versicherten!

Als Erinnerung hat mir der Verband eine Tasse mit Brailleschrift geschenkt. Vielen lieben Dank!

Stefan Kunath



Stefan Kunath

LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder) und Mitglied der Fraktion DIE LINKE/BI Stadtumbau in der SVV Frankfurt (Oder)

✉ stefan.kunath@dielinke-ffo.de

📘 facebook.com/stefan.kunath.linke

📷 instagram.com/stefan_kunath

🌐 stefan-kunath.eu

Neues aus dem Kreisvorstand

Der Kreisvorstand traf sich am Mittwoch, den 11.08.2021. Einige seiner Mitglieder hatten zuvor an einer Protestveranstaltung in Sachen Helene teilgenommen und andere arbeiteten bereits wieder in der nächsten Ausschusssitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Trotzdem konnte die Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

Unter dem ersten Tagesordnungspunkt berichtete Genosse Tom Berthold über den aktuellen Stand des Wahlkampfes. Es fanden erste Steckaktionen statt, die Plakatierung hat begonnen. Herzlichen Dank an alle beteiligten. Für die nächsten Wochen sind drei weitere Steckaktionen in den Hochburgen terminiert. Der Wahlkampfkalender ist sowohl online, als auch in Papierform einzusehen. Am Montag, dem 16.08.2021, wurden weitere Plakate angebracht. Großflächen mit unserer Werbung sind aufgestellt. Neben den stationären Infoständen wird auch das „Rote Fahrrad“ in der Stadt unterwegs sein, so

zur Kurzen Nacht der Frankfurter Museen und zum City-Flohmarkt.

Die Auswertung zum Kreisparteitag war kurz und knapp: eine notwendige und mit guten Ergebnissen abgehaltene Veranstaltung, Organisation, ebenso wie das Hygienekonzept haben gut funktioniert. Auch die MOZ gab im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein gutes mediales Bild.

In der nun folgenden Aussprache wurde nochmals zum Bundestagswahlkampf Stellung bezogen. Es gelte mit dem eigenen Kandidaten eine gute Arbeit abzuliefern, um die eigenen Ressourcen vor Ort halten zu können und den Negativtrend der LINKEN in Frankfurt (Oder) bei den Wahlen

der vergangenen Jahre zu stoppen. Dazu muss bei den Stammwählern und Wählern mit links-grünem Hintergrund nachgesteuert werden, d.h. diese noch mehr aktiviert werden.

Gemeinsam wurde der Terminplaner für die nächsten Monate präzisiert. Beschlossen ist außerdem der Kostenvoranschlag der Ehrung für langjährige Mitgliedschaften.

Somit sind die Aufgaben der kommenden Tage festgelegt und alle konzentrieren sich auf einen erfolgreichen Wahlkampf.

Elke Thiele

Grenzübergreifender studentischer Freiraum Stuck e.V. und DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Filmabend zum 82. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen

30. August 2021 | 19:30 Uhr | Stuck, Lindenstraße 7, 15230 Frankfurt (Oder)

Vorfilm: **Schmidts Göttliche Komödie - Die Doku**

Am 05. September 2021 findet der 2. FRANKFURT SŁUBICE PRIDE statt. Zur kleinen Einstimmung, zeigen wir den Kurzfilm Schmidts Göttliche Komödie - Die Doku von der Frankfurter Jugendtheatergruppe ProfILaien.

Hauptfilm: **Geh und sieh (1985)**

Ein Junge erlebt Elend und Tod im Zweiten Weltkrieg. Kriegsdrama

Weißbrüßland, 1943. Der 14-jährige Fljora (Alexej Krawtschenko) schließt sich gegen den Protest seiner Mutter den Partisanen an. Für ihn ist der Krieg noch ein Kinderspiel. Als es in den Kampf geht, darf er nicht mit an die Front. Fljora soll statt dessen mit Alten und Kindern ein Reservelager einrichten. Der Junge fühlt sich alleingelassen. In den Wäldern trifft er auf das Mädchen Glascha (Olga Mironowa), die Geliebte des Partisanenführers. Fljora versucht sie zu trösten, als die Hölle über beide hereinbricht: Sie sind in einen Angriff der deutschen Wehrmacht geraten! Nur knapp können die beiden dem Tod entkommen. Aber die Schrecken haben noch kein Ende... Der russische Regisseur Elem Klimow („Abschied von Matjora“) macht das Grauen mit aufwühlenden Bildern deutlich.*

* Quelle: cinema.de

Kundgebung am Weltfriedenstag

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Abrüstung und Entspannung wählen! Mittwoch, 1. September - 17 Uhr Marienkirche - 18.45 Uhr Friedensglocke

am 1. September, dem Weltfriedenstag, laden der Verein Puerto Alegre und das Friedensnetz Frankfurt (Oder) zu einer Kundgebung mit Podiumsgespräch um 17.00 Uhr in die Marienkirche ein. Diese Gedenk- und Mahnveranstaltung bietet den anwesenden Direktkandidaten für den neuen Bundestag die Gelegenheit, am Tag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen vor 82 Jahren, ihre Positionen zu Frieden, Abrüstung und Entspannung darzulegen und sich den Fragen der BürgerInnen zu stellen. Im Anschluss wird mit einem Friedensweg zur Friedensglocke mit Gebet, Liedern und Glockengeläut der Opfer der Kriege gedacht und an unser aller Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit appelliert.

*Pressemitteilung
Friedensnetz Frankfurt (Oder) e.V.*

Sommerloch und Bundestagswahlkampf

In den klassischen Ferien- und Urlaubsmonaten ermöglichen endlich die Corona-Inzidenzwerte für viele Menschen wieder die Begegnung mit Verwandten und Freunden sowie Reisen in beliebte Urlaubsorte. Das traditionelle politische Sommerloch mit Sommerpause des Bundestages und der Regierungstätigkeit, weitgehend auch der internationalen Diplomatie, bleibt in diesem Jahr aus.



Die globale Corona-Pandemie und Klimakrise machen weder eine Sommerpause noch vor Ländergrenzen halt.

Die Nachrichten von der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, die 181 Menschen das Leben kostete und Schäden in Milliardenhöhe verursachte, erreichten jeden Urlaubsort und jede Familie. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannte, in „sechzehn Jahren sehr viel Kraft für den Klimaschutz aufgewandt zu haben, dass die objektiven Gegebenheiten allerdings zeigen, dass in diesem Tempo nicht weiter gemacht werden kann, sondern dass man schneller werden muss“. Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze befand, „dass der Klimawandel nun auch in Deutschland angekommen ist“.

In den letzten 100 Jahren hat es in Deutschland, selbst in den Gefährdungsbereichen der großen Flüsse Oder, Elbe und Rhein, kein Hochwasser gegeben, dem so viele Menschen zum Opfer fielen. Mehr als vier Jahrzehnte sorgte verantwortungsvolles staatliches Handeln in Ost und West dafür, dass die Bevölkerung weitgehend vor derartigen Katastrophen geschützt blieb. Es bedarf Antworten, wie es im digitalen Zeitalter zu einer Katastrophe derartigen Ausmaßes kommen konnte.

Bundesinnenminister Horst Seehofer erklärte am Tag nach der Flut, dass der Katastrophenschutz in der BRD „gut aufgestellt“ sei. Er verbat sich jede „Manöverkritik“. „Da“, so die Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages (CDU), das Katastrophenmanagement nicht „ganz so gut funktioniert habe“, unterbrach der Ausschuss die Sommerpause. Seehofer, der auch den Dienstitel Heimatminister trägt, gab zu Protokoll, dass laut Grundgesetz die Landesregierungen für den Katastrophenschutz zuständig sind. So soll es auch bleiben.

Das 300 Beamt:innen starke Heimatressort befasst sich offensichtlich nicht mit dem Schutz der Heimat. Womit denn nun? Notwendig sei es, das Bundesamt für Katastrophenschutz zu einem „Kompetenzzentrum“ des Bundes und der Länder umzubauen. Das wäre keine „Zukunftsmusik“, da das Konzept bereits seit Frühjahr vorliegt. Laut Medien hat das oben genannte Bundesamt im September 2020 eine bundesweite Alarmübung geprobt, in der zahlreiche Mängel zutage traten. Verändert wurde seitdem wohl nichts, da in vielen Orten des Überflutungsgebietes nicht einmal die vorhandenen Sirenen aktiviert wurden.

Folgt man dem Bundesinnenminister, so trägt der Ministerpräsident des Landes

Nordrhein-Westfalen Armin Laschet die volle Verantwortung für das Geschehen. Im Innenausschuss des Landes von NRW befragt, erklärte Innenminister Herbert Reul (CDU), dass seinem Ministerium die seit 10. Juli mehrfach erfolgten Umweltwarnungen des Europäischen Umweltwarndienstes nicht bekannt gewesen seien. Diese erhält das Umweltministerium, das dann für die Warnung der Bevölkerung zuständig ist.

„Insgesamt habe die Landesregierung einen guten Job gemacht. Dass Tote zu beklagen sind, ist schlimm, aber es konnte ja niemand ahnen, dass so etwas passieren kann.“ So die Meinung Reuls nach Verlautbarungen der Medien. Für die Verantwortungslosigkeit beim Schutz der Bevölkerung in dem von ihm regierten Bundesland trägt Armin Laschet, Vorsitzender der CDU und Bundeskanzlerkandidat, die Verantwortung. Von welchen ethischen Grundsätzen lässt der Vorstand einer Volkspartei, die das Wort „christlich“ in ihrem Namen führt, sich leiten, diesen Politiker – statt ihn von der Bühne der Gesellschaft zu nehmen – den Wählerinnen und Wählern als nächsten Bundeskanzler zu empfehlen?

Im Wahlkampfjahr ist das Sommerloch mit sehr viel Bemerkens und Nachdenkenswertem gefüllt. In Thüringen scheiterte ein von der AfD gegen den LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow beantragtes Misstrauensvotum, verbunden mit der Kandidatur des Faschisten Höcke als Ministerpräsident, gegen die Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU Mario Voigt bezeichnete das Vorhaben als „billige Inszenierung“, wohl um Distanz zur AfD zur Schau zu stellen. Die Fraktion der CDU stimmte jedoch nicht gegen Höcke. Sie entzog sich

dieser Entscheidung durch Nichtteilnahme an der Abstimmung. Der AfD-Abgeordnete Stefan Möller äußerte gegenüber der Deutschen Presseagentur, dass es das Ziel der AfD war, der CDU und FDP deutlich zu machen, dass man gemeinsam Ramelow abwählen könnte. „Die CDU habe sich bestmöglich blamiert, indem sie nicht gegen Höcke votierte.“ Laschet billigte im Sommerinterview das Verhalten der CDU-Fraktion. Zwischenzeitlich empfahl der Vorsitzende der Werteunion innerhalb der CDU Max Otte seinen Parteifreunden in Thüringen einen eigenen Kandidaten für ein Misstrauensvotum gegen Ramelow aufzustellen und sich auch von der AfD wählen zu lassen. Max Otte dazu: „Wenn ich gewählt werde, ist mir egal, von wem ich gewählt werde. So verstehe ich die Demokratie.“ Da ist wohl jeder Kommentar überflüssig.

Der Vorsitzende der CDU und Kandidat für das Bundeskanzleramt Armin Laschet

schloss im Sommerinterview des ZDF sowohl Steuererhöhungen für die Wirtschaft wie auch Steuererhöhungen für niedrige Einkommen aus. Im Mittelpunkt zukünftiger Regierungsarbeit müsse die Stärkung der Wirtschaftskraft stehen, um zur schwarzen Null im Haushalt zurückzukehren und Schulden zu tilgen. Sein Standpunkt trifft sich auffällig mit der Forderung des Präsidenten der Unternehmerverbände Rainer Dulger, der eine „Entfesselungsinitiative für die Wirtschaft zur Befreiung von Belastungen“ verlangt.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung signalisiert zugleich, dass bei einem Zuwachs der Tariflöhne um 1,6 % in diesem Jahr, angesichts der steigenden Inflationsrate (sie betrug im Juni 3,8 %) 2021 die reale Tariflohnentwicklung mit einem Minus enden wird. Erstmals nach einem Jahrzehnt. Der Volksmund besagt, dass Wichtiges und

Beachtenswertes meistens im Kleindruck oder nur am Rand vermerkt zu finden ist.

Kürzlich war in einer Tageszeitung in einer Randnotiz zu lesen, dass das garantiert nicht linkslastige Institut der Deutschen Wirtschaft die Wahlprogramme aller Parteien analysiert hat. Es hat herausgefunden, dass das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE den Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen am meisten nützt. Die Reform des Sozialstaates würde die Abgabenlast bis zu einem Einkommen von 7.800 € senken und zudem noch mehr Geld in die öffentlichen Kassen bringen.

Horst Dahlmann

Wahlprogramm und detailliertes Konzept für soziale Sicherheit und Zukunft sind in der Kreisgeschäftsstelle erhältlich.

Cuba Sí-Infostand zum Jubiläum

Am 23. Juli organisierten Mitglieder der Frankfurter Regionalgruppe von Cuba Sí einen Infostand am Brunnenplatz. Anlass war das Jubiläum zum 30. Jahrestag des Bestehens der Solidaritätsorganisation.

Unterstützt mit vielfältigem Material wurden wir durch die kubanische Botschaft und durch die Cuba Sí-Zentrale in Berlin.

Unser wichtigstes Anliegen war es, sichtbar zu machen, dass es eine solche Solidaritätsorganisation auf den Tag genau seit 30 Jahren innerhalb der PDS und der Partei DIE LINKE und seit über zwei Jahren auch in Frankfurt gibt, was die Arbeitsgruppe bezweckt und was in diesem Zeitraum an politischer, moralischer und materieller Solidarität geleistet wurde.

Die Aktion erhielt durch zwei aktuelle Ereignisse zusätzliches Gewicht:

Zum einen verurteilte die UN-Vollversammlung zum 29. Mal in Folge die US-Blockade gegen Kuba, in diesem Jahr mit 184 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Zum anderen lösten westliche bürgerliche Medien wenige Tage vorher weltweit eine Kampagne aus, die die Proteste von Kuba-

nerinnen und Kubanern gegen die schlechte Versorgung begierig aufgriff, dagegen die Demonstrationen für ein souveränes, sozialistisches Kuba verschwiegen oder nur am Rande erwähnten. Verbunden war diese Kampagne mit geschickt eingesetzten Fake-News über Social-Media (<https://kurzelinks.de/CubaSi>).

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter am Cuba Sí-Stand gingen auf die Bürgerinnen und Bürger zu, führten eine Vielzahl von Gesprächen und verteilten Infomaterial. In den Diskussionen war einerseits großes Interesse zur Lage in Kuba, zu den Hintergründen festzustellen. Einige der Angesprochenen berichteten begeistert über ihren Urlaub auf der Karibikinsel. Eine 13-jährige Schülerin informierte sich ausgiebig, für sie waren unsere Informationen völlig neu. Sie war empört über die Blockade. Überhaupt ist vielen Menschen nicht bewusst, dass es seit über 60 Jahren diese erbarmungslose Blockade der USA und ihrer Helfershelfer gegenüber Kuba

gibt, der das kubanische Volk seitdem widerstand.

Die Cuba Sí-Mitglieder erlebten auch Ablehnung, die sich zum Beispiel in der Meinung äußerte, dass die kubanische Regierung unfähig sei, das Land zu regieren und deshalb zurücktreten müsse. Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass solche Äußerungen oft mit völliger Unwissenheit über Kuba verbunden waren. Meist gab es dann Aufgeschlossenheit und zunehmendes Interesse...

Viele Kinder verbreiteten „Cuba-Flair“ mit Fähnchen und Luftballons in unserer Stadt.

Insgesamt können wir einschätzen, dass sich unser Einsatz gelohnt hat, wir Flagge gezeigt haben für ein Land, das weit weg von unseren hiesigen Problemen zu sein scheint, jedoch Teil der weltweiten Entwicklungen und Konflikte ist.

Sonnild Grünberg

Besuch aus Witebsk

Unsere Nastja, unser SODI!-Paten-Mädchen, das mit einem genetischen Defekt nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl zur Welt kam, besuchte Frankfurter SODI-Freunde am letzten Juli- Wochenende.

In interessanten Gesprächen erfuhren wir, dass die inzwischen 22-jährige ihr Studium der Mathematik und Informatik in Witebsk erfolgreich weiter verfolgt. Die angewandte Mathematik hat es ihr ange-tan, sie freut sich auf ein Praktikum im nächsten Semester. Dafür ist aber auch notwendig, dass ihre Prothese uneingeschränkt funktionstüchtig ist. Unvorhersehbare Ereignisse, aber auch der lange Winter haben Reparaturen notwendig gemacht, die nur in Schwedt vorgenommen werden konnten. Wir hatten Nastja zugesichert, dass wir sie mit ihrer Prothese auch in der Studienzeit weiter unterstützen werden. Unser Wort ist kein leeres Versprechen. Mit viel persönlichem Einsatz realisierte unsere SODI-Sprecherin in Schwedt, Christa Dannehl, Nastjas Patenoma seit vielen Jahren, den Aufenthalt. Nastja musste, durch Sanktionen gegen Belarus bedingt, den Umweg über Moskau nach Schwedt nehmen, wo sie Therapien absolvieren und die Prothese instandgesetzt werden konnte. SOLIDARITÄT hat dies ermöglicht!

Natürlich waren alle Unterstützer:innen sehr neugierig. Sie wollten etwas aus berufenem Munde über die Situation in unserer Partnerstadt Witebsk in Belarus erfahren. Nastja stellte uns ihre persönlichen Standpunkte zur Situation dar, ihre Sicht auf die politische Situation und das Leben im Alltag. Die überwiegende Mehrheit der Belarussen wolle einfach leben, wollen essen und trinken, eine Arbeit und ein Dach über dem Kopf haben, ihre Miete zahlen können. Etwa ein Viertel der Bewohner:innen wollen Veränderungen, unterstützen auch oftmals die Opposition. Allerdings erkennen die meisten nicht, was die Opposition genau wolle. Ein klares Programm für die Zukunft sei nicht erkennbar, werde auch nicht aufgezeigt. Man erkenne nicht, was für die Menschen in Belarus wie verändert werden soll. Die überwiegende Mehrheit der Menschen

will einfach ruhig weiterleben, sich nicht in Auseinandersetzungen hineinziehen lassen. Nastja selbst ist sich bewusst, dass es einen Widerspruch gibt. Die westliche Werbung im Fernsehen mache Appetit auf Konsum – die Sanktionen der EU gegenüber der Republik verhindere das jedoch, macht es unmöglich. Obwohl viele ihre Ruhe haben wollen und oftmals nur am Küchentisch zu Hause diskutieren, beginnen die Leute, in Zusammenhängen zu denken und auch nachzudenken. Sanktionen schaden allein der Bevölkerung, das ist eine der Erkenntnisse.

Ihren Freunden von SODI ist Nastja sehr dankbar, dass sie auch weiter an ihrer Seite stehen. Sie hofft mit uns, dass wir uns bald wieder alle unter normalen Bedingungen hier oder in Witebsk begegnen können.

Wir waren sehr glücklich über die Begegnung mit Nastja, ihr in die Augen sehen und sie persönlich sprechen konnten. Gleichzeitig erinnerte sie uns auch wieder an die Langzeitfolgen von Atombombenabwürfen und Reaktorunfällen wie den Folgen von Tschernobyl. Wir fühlten uns wieder angesprochen – wider das Vergessen – tätig zu bleiben und daran zu erinnern, dass nur unter friedlichen Bedingungen (Frieden und gerechten Verhältnissen) eine Chance für unsere Erde und damit für die Menschheit besteht.

Wir können zu den Wahlen im September für Weichenstellungen unsere Stimme dazu abgeben! Nutzen wir diese Chance!

Hagen Weinberg

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
🌐 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

weitere Autor:innen:

Horst Dahmann, Frank Kreitner,
Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf
Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99
BIC: WELADED1LOS
bei der Sparkasse Oder-Spree
Kennwort: Spende DER ROTE HAHN

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 16. September 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

09. September 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 09. September, 13:00 Uhr, Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de

In neuem Glanz

Dankeschön an alle Spenderinnen und Spender, die mit ihren zahlreichen Spenden, die offensichtlich baldige Wiederaufstellung der Thälmann-Büste ermöglichen.

Innerhalb weniger Wochen gelang es, die Summe von 2.312 Euro verbuchen zu können. Davon wurden 2.000 Euro bereits an den Eigenbetrieb Kulturbetriebe Frankfurt (Oder) im Januar überwiesen.

Die ersten Aufträge an die ausführenden Firmen wurden inzwischen ausgelöst. Im Mai konnten dann die restlichen 312 Euro

an Norbert Leitzke für seine Kindervereinigung mit Kindern für Kinder e.V. übergeben werden.

Wir hoffen, dass dies im Sinne aller Spenderinnen und Spender ist.

Ende Juli war wurde die Gedenkstätte durch Vandalismus mit Graffiti beschmiert.

Durch die schnelle Reaktion und Initiative einiger Mitglieder der Fraktion DIE LINKE, dem Bundestagskandidaten Stefan Kunath und dem OB René Wilke konnte eine umgehende Reinigung beauftragt werden und erfolgte bereits. - Auch hier - herzlichen Dank aller Akteure!

Elke Thiele

Eine saubere Sache

Unsere Ernst-Thälmann-Gedenkstätte am Kleistpark

Liebe Genossinnen und Genossen, mit Freude, haben wir mit dem Bund der Antifaschisten feststellen dürfen, dass die von uns gegenüber der Stadt Frankfurt (Oder) vorgebrachten Anregungen zur Säuberung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, nun doch noch vor dem 18.08.2021 bestens erfüllt worden sind.

Ja, sie sind sogar noch übertroffen worden, weil nun endlich auch einmal die Rückwand der Kapelle der Gedenkstätte, von Graffiti gesäubert worden ist.

Wir danken dem Frankfurter Linken-Treff und der Partei DIE LINKE für die erwiesene

Unterstützung zur Säuberung der Gedenkstätte.

Unser besonderer Dank gilt aber unserer Hannelore Thürfelder vom VVN-BdA, welche bei der Säuberung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte selbst mit Hand angelegt hatte.

Obwohl die Büste noch immer nicht auf ihren Platz zurückgekehrt ist, konnte der 77. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns auf einer sauberen Gedenkstätte würdig begangen werden.

Jens Röstel
RO Oder-Spree der KPD



Am Rande bemerkt

Hoteldame in einem westdeutschen Luxushotel?

Das war das Angebot eines Leipziger Zahnarztes für eine von Zahnschmerzen geplagte Sportstudentin der DHfK. Und das, nachdem die Studentin zu der notwendigen zweiten Konsultation den ihr völlig unbekanntem Zahnarzt aufsuchte. Das Fazit: Es war ihr letzter Besuch bei diesem Zahnarzt, Leipzig hatte schließlich genügend andere Zahnarztpraktiken.

Frage und Gegenfrage

Ein promovierter Landwirt, wohnhaft in Seelow, besuchte zu DDR-Zeiten - aus welchen Gründen auch immer - Marburg. Es gab viele Gespräche. Ein Mann der SPD war an den Begegnungen und Gesprächen besonders interessiert. Bald wurde der Grund offenbar.

Es gab seinerseits ein Angebot an den Seelower Landwirt: Er könne doch gerne

in Marburg bleiben. Der Mann der SPD versprach nicht nur für Arbeit und Unterkunft in der BRD zu sorgen, er würde auch das Nachkommen der Familie organisieren. Nach kurzer Überlegung entschloss sich der Seelower zu einem Gegenangebot, auch er hätte ein Frage, wie wär es, wenn Sie zu uns kämen, er könne in gleicher Weise für moderate Bedingungen in der DDR Sorge tragen. Dieses Angebot wies der Marburger entrüstet zurück.

Ella Schleese & Horst Dahmann

STADTRADELN 2021



Am 29.08.2021 startet in Frankfurt (Oder) wieder der Wettbewerb STADTRADELN. Dabei treten alle Teilnehmenden 21 Tage lang in die Pedale für mehr Radförderung, Klimaschutz und Lebensqualität.

Dafür steht auch unser Kandidat im WK63 Stefan Kunath. Seid also herzlich eingeladen mit eurem Beitritt zum „DIE LINKE. Team Kunath“ viele Kilometer zu sammeln und ein Zeichen für Radförderung, Klimaschutz und Lebensqualität zu setzen. Meldet Euch selbst in der App „Stadtradeln“ an oder in der Geschäftsstelle, damit auch jeder geradelte Kilometer zählt.

www.stadtradeln.de/frankfurt-oder

Kubas Gesundheitswesen ist stark, aber nicht unverwundbar

Kuba kämpft gegen die Pandemie, die wirtschaftlichen Auswirkungen und die verheerende US-Politik: Unter Ex-Präsident Trump wurde Kuba auf die US-Liste Terror unterstützender Staaten gesetzt. Damit ist Kuba vom internationalen Zahlungsverkehr in US-Dollar ausgeschlossen – eine Strangulierung der gesamten Wirtschaft.

Kubas effektive Bekämpfung der Coronapandemie führt zu niedrigen Infektions- und Sterberaten, doch die wirtschaftliche Situation und die US-Sanktionen setzen die medizinische Versorgung massiv unter Druck. Spenden Sie für die Beschaffung von Verbrauchs- und Anästhesiematerial, Infusionspumpen sowie Ultraschall- und Röntengeräten!

Helfen Sie Kubas Gesundheitswesen, Leben zu schützen!

Spendenkonto

beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba sí:

IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10

BIC: BELADEBEXXX

Verwendungszw.: Kuba muss überleben/Gesundheitswesen

AG in der Partei DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: (030) 24 00 94 55

E-Mail: berlin@cuba-si.org

Internet: www.cuba-si.org

Ein etwas anderer Rückblick auf den 13. August 1961

Wer in diesen Tagen Nachrichten aus Funk und Fernsehen hörte und sah, war sich über eines im Klaren, kein Kommentar, keine Nachricht versäumte das Thema „Berliner Mauer“. Der 60. Jahrestag ihrer Errichtung war Anlass des Gedenkens und Anlass der Verurteilung.

Der 13. August – Tag des Mauerbaus in Berlin – wird seit der Wiedervereinigung ritualisiert begangen. Es wird der 140 Menschen gedacht, die an dieser Mauer ihr Leben verloren. Unter diesen Opfern waren auch acht Grenzsoldaten der DDR. Dieses verständige und gut zu heißende Gedenken tragen auch wir Linken mit.

Moralisch und politisch verwerflich ist jedoch, dass der Tod und das Leid der Menschen für politische Ziele instrumentalisiert werden, indem die historischen Ereignisse und politischen Verhältnisse jener Zeit ausgeblendet werden. Damit ist eine objektive Beurteilung der Vorkommnisse ausgeschlossen. Die Mauer galt und gilt als Symbol der Unmenschlichkeit, ausschließlich von der DDR verursacht und zu verantworten.

Historisch belegt ist jedoch:

- Die Grenze zwischen der BRD und der DDR war keine innerdeutsche Grenze. Sie war Frontlinie zwischen den stärksten Militärblöcken jener Zeit.

- Die Entscheidung zum stärkeren Schutz dieser Grenze zwischen zwei souveränen Staaten durch den Bau einer Mauer wurde im Warschauer Pakt gefällt und von der NATO mit der Führungsmacht USA gebilligt. Aufgabe beider Seiten wäre es gewesen, sie in der Folgezeit politisch zu überwinden.

Das jedoch lief den Interessen des Westens zuwider. Im Gegenteil, es wurden nun erst recht alle Register der politisch-ideologischen Konfrontation gezogen. Schon immer ging es der westdeutschen Regierung um die „Befreiung der Ostdeutschen“, wie Adenauer mehrfach betonte. John F. Kennedy äußerte am 25. Juli 1961, dass Westberlin eine vielseitige Rolle spiele, es sei Symbol der Freiheit, ein Leuchtfeuer der Hoffnung hinter dem eisernen Vorhang und Schlupfloch für Flüchtlinge. Am 30. September 1960 kündigte die BRD das seit 1951 bestehende Handelsabkommen mit der DDR. Sie sollte ausgeblutet werden. Man baute in der Propaganda auf die Wirkung des Wirtschaftswunders BRD, auf die Schaulust der Facharbeiter, der Ärzte und Wissenschaftler, die diesen Verlockungen erlagen, ist sehr hoch. In der DDR war der Bildungsweg von der Schule bis zum Hochschul- oder Universitätsabschluss staatlich materiell und finanziell abgesichert. Logisch, dass die Abwanderung

der Fachkräfte der DDR-Wirtschaft spürbaren Schaden zufügte.

Das Gedenken an die Mauertoten wäre ehrlicher und glaubhafter, wenn es geschichtlich wahrheitsgemäß und mit dem Blick auf die Gegenwart dargestellt würde.

Eine mörderische Grenze war die Mauer trotz der zu beklagenden Todesopfer nicht. Allein in diesem Jahr hatte die EU-Grenzsicherung den Tod von mehr als 1000 Flüchtlingen, darunter Kinder und Frauen, zur Folge. Es gibt weltweit etwa 70 Grenzsicherungen, die mit der Mauer vergleichbar sind. Ein aktuelles Beispiel: Litauen schottet sich mit einer starken Grenze gegen Weißrussland ab. Flüchtlinge aus Afghanistan werden trotz der aktuellen Lage dort abgeschoben und damit in den sicheren Tod geschickt.

Eine abschließende Bemerkung: Eine objektive Geschichtsbetrachtung ist keine so einfache Sache, ihr stehen Klasseninteressen entgegen. Der kleine Unterschied: Unter sozialistischen Verhältnissen wurden diese Klasseninteressen offen zugegeben, aus kapitalistischer Sicht geschieht alles nur „für Freiheit und Demokratie“.

Ella Schleese

Hartz IV und weiteres 2021

Ein kleiner Rückblick. Es ist der 01. Januar 2005, Hartz IV (ALG II) - sind 345 Euro und 331 Euro für die neuen Bundesländer (15 Jahre nach 1990). Hiervon sind alle Ausgaben des täglichen Lebens – Lebensmittel, Kleidung, Telefon, Warmwasser, Strom etc.- zu bezahlen. Das Hartz IV-Geld ist expliziert kein Grundeinkommen, schon gar kein bedingungsloses.

Es stellt eine prekäre Mindestsicherung dar, deren Gewährung sich an eine ganze Reihe zum Teil entwürdigenden Bedingungen knüpft. Es schweißt die bisherigen von Arbeitslosen – und Sozialhilfe zu einem einheitlichen Stand der Arbeitslosen – jenseits des Verhungerns, aber diesseits der Entbehrungen und Demütigung. Der Zwang zur ökonomischen Entblößung und zur beinahe beliebigen Markthörigkeit lastet schwer auf Menschen, die andere Begriffe von sozialer Würde hatten.

Es lastet auf Ihnen umso unerträglicher, als sich der Gesetzgeber selbst notorisch von der Offenlegung ihrer Lebensumstände und Nebeneinkünfte ausnehmen, wie zum Beweis der alten Wahrheit, dass Macht in der Chance besteht, Regeln, die man anderen auferlegt, selbst missachten zu können.

Im Jahre 2021 gibt es 467.000 Menschen, die seit dem 01. Januar 2005 Hartz IV beziehen. Hinzu kommen 924.000 Menschen, die bereits über 10 Jahre Hartz IV beziehen. Seit dem 01. Januar 2021 gibt es die „Grundrente“ im Alter. Für die vor genannten Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger wird sie nicht zum Tragen kommen, da ihre Arbeitslosigkeit, Hartz IV Zeiten und weitere nicht angerechnet werden und so werden sie auch im Alter in der Armutsfalle sitzen bleiben. Und es sind nicht die einzigen Änderungen, die der Gesetzgeber und die Verwaltungsbehörden den Sozialschwachen aufbürden.

Hier eine Auflistung, die für die Betroffenen zum Tragen kommen:

**SGB I
Sozialgesetzbuch Erstes Buch – Allgemeiner Teil**

**SGB II/ III
Sozialgesetzbuch Zweites und Drittes Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG I, ALG II)**

**SGB VI
Sozialgesetzbuch Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung**

**SGB VIII
Sozialgesetzbuch Acht – Kinder – und Jugendhilfe***

**SGB IX
Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

**SGB X
Sozialgesetzbuch Zehntes Buch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz****

**SGB XII
Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe, Grundsicherung im Alterarm**

**SGB XIV
Sozialgesetzbuch Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigungen**

* Hier gibt es eine Reform des KJStG (Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes) mit zahlreichen Änderungen (Juni 2021).

** Das Zehnte Sozialgesetzbuch enthält einen der wichtigsten Paragraphen für Betroffene ALG II und HzL/Gsi der Sozialhilfe. Es ist der § 44 Abs.1 SGB X der auch beim Ablauf der Widerspruchsfrist greifen kann und in Verbindung mit § 86a Absatz 1 SGG eine grundsätzliche Aufschiebung des Bescheides zur Folge hat.

6.032.923 Menschen beziehen Hartz IV. Darunter knapp 2 Millionen Kinder und Jugendliche und 134.000 Selbständige. Gilt für den Zeitraum April 2020 bis Juni 2021. Normal sind 22.000 Selbständige in der Grundsicherung.

1.125.486 Menschen erhalten Grundsicherung im Alter (keine Grundrente).

345.000 Menschen erhalten Sozialgeld. 733.445 Menschen sind sogenannte Unterbeschäftigte und zählen in den ALG I und ALG II Bereich, aber in keiner Statistik. Hinzu kommen 2.591.376 Menschen die ALG I beziehen. Weitere 1.120.045 sind arbeitsuchend, haben aber keinen Anspruch auf ALG I oder ALG II. Bis auf die letzten genannten gelten die oben genannten Sozialen Gesetzbücher. Weiter kommen 6,3 Millionen die prekär beschäftigt werden, das heißt, sie arbeiten Vollzeit und das Geld ist unter Mindestlohn, so das sie teilweise aufstocken müssen. Frankfurt (Oder) ist übrigens die „Hauptstadt“ der Aufstocker.

Zum Schluss: Wer in 2021 sich 1 – in einen Worten – einen Rentenpunkt erwerben möchte, muss 41.541 Euro Lohn/Gehalt bekommen und nach 30 Jahren „Einheit“ gibt es einen Rentenpunkt Ost mit 33,23 Euro und einen Rentenpunkt WEST mit 34,19 Euro wert.

Frage: Ist dies noch ein Sozialstaat?

Wir haben am 26. September bei der Bundestagswahl die Möglichkeit diesen wieder herzustellen. Ich weiß, dass viele Menschen, die von „Grundsicherung“ leben müssen, nicht mehr zur Wahl gehen, weil ihr Motto lautet „Das bringt doch nichts.“ und ich sage dann „Wer mit dem Teufel Suppe löffeln möchte, braucht einen langen Löffel“!

Es gilt diesmal keine CDU zu wählen. Nach 16 Jahren in politischer „Verantwortung“ betrachten viele Abgeordneten dieser Partei, Deutschland als Selbstbedienungsladen und wollen die „Reichen“ um 33 Milliarden entlasten. Noch schlimmer treibt es die FDP. Sie will diese Gruppe um 80 Milliarden entlasten. Wer das letztendlich finanzieren soll – dreimal dürft Ihr raten.

Joachim Wawrzyniak

Hartz IV: Auch ein Versagen des Rechtsstaats

Einer der wenigen positiven Aspekte der Coronapandemie dürfte es sein, dass Bürger:innen begonnen haben, sich - möglicherweise erstmalig - mit ihren Grundrechten zu beschäftigen. Diese bieten nicht nur als Abwehr, sondern in manchen Fällen auch als Anspruchsbegründung gegenüber dem Staat ein starkes emanzipatorisches Potenzial.

Einem solchen Anspruch schuf das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Rechtsfortbildung bereits 2010 im ersten Hartz IV Urteil als es dezidiert auf ein „Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums“ verwies.

Da das höchste deutsche Gericht dieses neben dem Sozialstaatsprinzip (Art. 20 I) explizit aus der Menschenwürde konstruierte, sind ausdrücklich nicht nur Lebenserhaltung, sondern auch gesellschaftliche und politische Partizipation zu gewährleisten.

Bisher hielt sich das Bundesverfassungsgericht bedeckt und sah lediglich die Ermittlung der Regelsätze im Jahr 2010 als hiermit nicht vereinbar und im Jahr 2019 die Hartz IV Sanktionen als teilweise verfassungswidrig an.

Der derzeitige Regelsatz von 446€ dürfte, wenn man den Blick auf Partizipationsmöglichkeiten richtet, jedoch an der Grenze des Zumutbaren operieren; der enthaltene Bildungssatz von 1,45€ reicht kaum, um ein einzelnes Buch zu finanzieren und selbst ein gemeinsames Essen mit Freunden ist vielen nicht möglich.

Tragischer wird es, wenn man dies noch mit der Arbeit in deutschen Jobcentern in Verbindung setzt, die häufig schlampig und von Ressentiments gekennzeichnet ist.

Sichtbar ist dies unter anderem daran, dass zwischen Juni 2019 und Juni 2020 bundesweit 198.363 Widersprüche durch das Jobcenter stattgegeben werden musste - offenbar, da Sachverhalte im Vorhinein nicht ausreichen geprüft wurden. Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer von möglichen Widersprüchen, die jedoch

nicht getätigt wurden, um ein Vielfaches höher liegt.

Auch zeigen sich Jobcenter in der Praxis oft als unverbesserlich. Der Weg zum Leistungsanspruch ist oft nur über das Sozialgericht möglich ist; hier wurden im selben Zeitraum laut BA Statistik 36.820 Klagen gegen Jobcenter ganz oder teilweise stattgegeben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass obwohl jede Einzelmaßnahme am Grundsatz der Menschenwürde zu messen wäre, dies gleichwohl nichts mit der indignierenden Jobcenter-Realität zu tun hat. Hier kann nur derjenige sein Recht nutzen, der Willens ist, sich einen Papierkrieg oder einen Prozess mit dem dazugehörigen Verwaltungsapparat zu liefern.

Gleichzeitig werden derartige Prozesse ebenso wie zahllose unsinnige Maßnahmen von Steuergeldern finanziert, die auch direkt den Betroffenen zukommen könnten.

Das Menschenbild einer Partei sollte vor allem an ihrem Umgang mit dieser Thematik zu messen sein. Während CDU/CSU hier weiterhin ein Regime von Strafen und Almosen aufrechterhalten wollen, zeigt sich die SPD selbst als zu lethargisch, um für ihr „Bürgergeld“ einen Betrag ins Wahlprogramm zu schreiben.

Einzig DIE LINKE will mit einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1200€ einen Schritt in Richtung einer menschenwürdigen Gesellschaft tun.

Paul Grimm

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht Helmut Scholz, Abgeordneter der LINKEN im Europaparlament, auf seiner Persönlichen Webseite:

www.helmutscholz.eu

einen Newsletter mit seiner Sicht auf das Geschehen in Brüssel. Dieser kann dort auch abonniert werden.



Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108

Telefax: 0335 / 56 229 109

Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de

Internet: www.bettina-fortunato.de